

NIEMAND IST GEGEN REFORMEN, ABER...

Interview mit Igor Kljamkin

Dieses Interview hat **Igor Moissejewitsch Kljamkin**, der Leiter des analytischen Zentrums der Stiftung „Öffentliche Meinung“, eine Woche vor dem Rücktritt Jegor Gajdars gegeben. Die russische Redaktion der VIA REGIA hat an diesem Text, der in der Zeitung „Der erste September“ vom 20. Januar 1994 erschien, nichts geändert: Die Beurteilungen und die Schlußfolgerungen des Autors spiegeln die heutige Realität in Rußland wider. Die gesellschaftliche Prognose des Soziologen Kljamkin scheint uns wahrheitsgetreu und präzise zu sein.

- Am 21. September 1993 ging in Rußland eine Epoche zu Ende: Die Epoche des Kommunismus und dementsprechend des Antikommunismus als einer Methode der politischen Selbstbehauptung.

- Solange die Räte als Überreste des kommunistischen Systems existierten, vereinigten sich sowohl die Kommunisten als auch die Nationalisten um diese Institutionen herum. Die Vereinigung dieser Gruppen, die normalerweise nicht zusammengehören, führte zu einer Mißgeburt und fand keine Unterstützung in der Gesellschaft. Solange die angebliche Gefahr des Anti-kommunismus existierte, konnte das Sowjetsystem durch die ständige Warnung vor der Restauration des Kapitalismus seine Existenz rechtfertigen. Besonders glaubwürdig sah dies nie aus. Nun, da die Leute im „Weißen Haus“ die Demonstranten mit den roten Fahnen voll und ganz unterstützten, glaubte dies auch die Mehrheit der Bevölkerung - insbesondere jener Teil, der Jelzin 1991 zum Sieg verhalf. Während des Referendums im April haben viele Wähler ihre Stimme dem Präsidenten gegeben, weil sie den möglichen Sieg der Kommunisten befürchteten. Nur ein statistisches Detail: mehr als 40% aller Wähler, die jetzt für Schirinowski stimmten, haben im April für Jelzin gestimmt.

- Verkörperte Jelzin nur den Kampf gegen den Kommunismus?

- Er verkörperte nicht nur den Kampf gegen den Kommunismus, sondern auch den Sieg über ihn. Dieser Sieg war allerdings nicht vollendet, solange das Sowjetsystem als Überrest des Kommunismus weiterexistierte. Und dieser Überrest konnte nicht ohne die Kommunistische Partei leben -daher all diese roten Fahnen, bestimmte Verhaltensnormen, Fachterminologien. Da der Kommunismus in ziemlich aggressiven Formen auftrat, fürchtete man die Rückkehr des Totalitarismus. Kaum haben sich die bedeutenden politischen Kräfte auf die neue Wahl geeinigt, verlor der Antikommunismus als eine einende Ideologie seine Macht. Man kann jetzt, solange man will, vor der kommunistischen Gefahr warnen und zu gemeinsamem Handeln angesichts dieser Gefahr aufrufen - nichts wird funktionieren, weil man diese Gefahr eigenhändig vernichtet hat. Das war der Grund, warum alle Versuche, die Wahlkampagne unter den antikommunistischen Losungen durchzuführen, scheiterten. Das Ende des Antikommunismus aber bedeutet auch das Ende seines Synonyms: der Demokratie. In dieser seiner Bedeutung gehört das Wort „Demokrat“ nach dem 21. April der Geschichte an. Das Recht, sich „Demokrat“ zu nennen, hat ab jetzt jeder, der bereit ist, die Meinung der Mehrheit der Wähler zu akzeptieren, seine eigenen Positionen mit denen anderer Politiker zu koordinieren und die Parlamentsregeln zu beachten.

Wegen ihres Irrtums bei der Einschätzung dieser neuen Situation haben nun die liberalen Demokraten der Liste „Rußlands Wahl“ mit dem Liberaldemokraten Schirinowski zu kämpfen. Was sie mit ihm tun sollten, war ihnen unklar: Schirinowski trat nicht nur gegen die Kommunisten, sondern auch gleichzeitig gegen die Demokraten - selbst ehemalige Kommunisten - an. Er hat sie alle mit nur einem Satz „neutralisiert“: „Ich bin der einzige führende Kandidat in diesem Wahlkampf, der noch nie der Kommunistischen Partei angehörte.“

Das wirklich Traurige fing nach den Wahlen an: Man versuchte den Antikommunismus – eine Ideologie, die gegen die machthabenden Staatsund Parteistrukturen gerichtet war - durch den Antifaschismus zu ersetzen, durch eine Ideologie, die sich gegen einen einzelnen Menschen richtet. Dies ist entweder ein Ausdruck der politischen Fassungslosigkeit und Verwirrung oder eine Dummheit, weil dadurch die Idee der Antifa-Front von vornherein diskreditiert wird. Die wirklichen Probleme, die die Dezember-Wahlen zum Vorschein brachten, werden nicht ernst genommen. Auch die Sprache dieser Politik, der häufige Griff zum rettenden Partikel „anti“, ist ein Zeichen für das fehlende Vermögen, sich politisch zu artikulieren. Besonders deutlich wurde das während des „Politischen Neujahrstreffens“ in der Nacht vom 12. auf den 13. Dezember: Die Leute, die früher immer wieder behaupteten, die Öffentlichkeit unterstütze sie und sei für Reformen, die Leute, die auch die

Ergebnisse des Referendums hochjubelten, all diese Leute entdeckten plötzlich, daß dieses Fest nicht für sie sei.

So sagt plötzlich mein guter alter Bekannter Juri Karjakin, ihn interessiere nicht die Quantität der Wähler, die ihre Stimmen Schirinowski und Sjuganow gegeben haben, ihn interessiere die Qualität. Die Qualität sei für ihn Sacharow oder Solschenizyn, die diese „beiden“ nie gewählt hätten. Es sieht so aus, als ob es in den Köpfen unserer überzeugten und brillanten Antistalinisten immer noch das alte Gulag-Schema gibt, das ihr Denken beherrscht: Diejenigen, die nicht auf unserer Seite stehen - egal wie viele Millionen das sind - zählen nicht. Sie zählen nicht, weil ihr Verhalten weit weg von unseren progressiven Vorstellungen liegt. Sie akzeptieren unseren Kurs deswegen nicht, weil ihre Qualität eine „andere“ ist.

Diese Ideen wurden nicht heute geboren, sondern existieren schon seit der Erfindung des allgemeinen Wahlrechts. Ganz verschiedene Menschen, darunter manch große Denker, haben diese Ideen propagiert. Diese Denker waren in der Tat keine Kommunisten, aber sie hielten es - im Gegensatz zu vielen heutigen Anti-kommunisten - für unmöglich, sich als Demokraten zu bezeichnen.

- „Rußlands Wahl“ hat 15% aller Stimmen bekommen. Die führenden Politiker dieser Liste haben aber vor den Wahlen ziemlich deutlich gemacht, daß sie mit einer grandiosen allgemeinen Unterstützung rechnen. Jawlinski rechnete übrigens auch mit viel mehr Stimmen. Auch Schachraj und Wolski lagen mit ihren Prognosen fehl. Was passierte da eigentlich? Was war da los?

- „Rußlands Wahl“ wählten jene Bürger, die während der Präsidentschaftswahlen 1991 für Jelzin gestimmt hatten. Nach unseren Angaben haben etwas mehr als 20% jener Wähler ihre Stimmen „Rußlands Wahl“ gegeben, der Rest verteilte sich zwischen verschiedenen Wahlblöcken: 7% stimmten für Schirinowsk und jeweils zwischen 5 und 7% für Jawlinski, für Trawkin und für Schachraj.

Was kennzeichnet denn jenen Teil der ehemaligen Jelzin-Wähler, die nun für Gajdar und seine Liste stimmten? In erster Linie ist es der offene Antikommunismus, die Ablehnung von allem, was irgendwie mit der KPdSU zusammenhängt. Interessanterweise orientierten sich die Wähler der Kommunisten bei ihrer Entscheidung auch nach „anti“: in ihrem Fall allerdings gegen „Rußlands Wahl“. Für Schirinowskis Wähler - darunter viele ehemalige Jelzin-Anhänger - ist besonders charakteristisch, daß sie sowohl gegen die einen als auch gegen die anderen sind. Die Wähler, die für die anderen Parteien und Listen gestimmt haben, waren wesentlich toleranter. Hier ist die Antwort auf die gestellte Frage: Die Prognosen der einen scheiterten daran, daß die „Intoleranten“ sich spalteten, die Prognosen der anderen scheiterten daran, daß die „Toleranten“ eine Minderheit bildeten, die dazu noch in kleinere Blöcke zerfiel.

Nun ein paar Worte zu Jawlinski: Sein Verhältnis zu den Wählern entwickelte sich durchaus eigenartig. Es ist bekannt gewesen, daß er sich im Laufe des Wahlkampfes noch kritischer und noch radikaler als Gajdar äußerte. Er hat Gajdar beispielsweise für die Inkonsequenz und die Oberflächlichkeit beim Durchführen der Reformen, für die Privatisierung durch „Voucher“ und das Fehlen einer antimonopolistischen Politik kritisiert. Jawlinski sprach die Wähler „links von Gajdar“ an, denen gerade seine Kritikfreudigkeit an den durchzuführenden Reformen gefiel. Hätte der Kandidat des Blocks „Jabloko“ seine Auftritte populistischer gestaltet, dann wäre er durchaus in der Lage gewesen, viele Stimmen aus dem kommunistischen Lager abzuwerben, zumindest die Stimmen jener, die politisch desorientiert sind und an den Wahlen nicht teilgenommen haben. Die Chancen Jawlinskis standen wirklich gut. Anfang September war er -nach unseren Informationen - als Parlamentskandidat außer Konkurrenz.

Um genau zu bleiben: Zwei Politiker waren damals außer Konkurrenz: Jawlinski und Ruzkoj. Jawlinski hat einen Teil seiner Wähler an die Kommunisten, an die Agrar-Partei und an die Liste „Frauen Rußlands“ verloren, und der andere Teil ging gar nicht zur Wahl.

Den freigewordenen Platz von Ruzkoj nahm Schirinowski ein. Natürlich ist er nicht der einzige, der die freigewordene „Nische“ ausnutzt und auskostet, aber er hält den Platz ganz vorne. Das war übrigens eine große Überraschung für mich. Es war mir zwar klar, daß das Ruzkoj-Klientel sehr groß war und daß Ruzkoj nach Jelzin der zweitpopulärste Mann Rußlands war - aber daß ausgerechnet Schirinowski seinen Platz einnimmt, war verblüffend.

Drei Wochen vor dem Wahlkampf ist die Popularität Schirinowskis fünfmal gestiegen; dies konnte keiner begreifen. Erst nach den Wahlen wurde klar: Wenn der größte Teil der Bevölkerung Schirinowski, die Kommunisten, die Agrar-partei und die „Frauen Rußlands“ wählte, wenn die Versprechungen Jawlinskis ein offenes Ohr fanden, dann kann dies nur eins heißen: Es gibt zur Zeit keine demokratische Alternative in Rußland, die die Verstärkung des liberalen Reformkurses anstrebt. Mittlerweile ist es klargeworden, daß an solch einer Alternative niemand Interesse hatte.

- Heißt das, daß der von Jawlinski schlecht organisierte Wahlkampf dabei keine große Rolle spielte?

- Im Wahlkampf ist es wichtig, die Bedürfnisse und die Erwartungen der Gesellschaft anzusprechen. Man kann überhaupt auf einen Wahlkampf als solchen verzichten, wie es Jelzin 1991 tat, und trotzdem die Wahl gewinnen. Die Kunst besteht darin, ein politisches Programm mit den Sprachmitteln des Volkes auszudrücken, es quasi in seine Sprache zu übersetzen. Man muß dabei aber die Bereitschaft des Volkes beachten, das Programm zu akzeptieren. Also, das Programm der Vertiefung der liberalen Reformen, das auch ich unterstützte, konnte von der Gesellschaft nicht getragen werden.

Nach den Wahlen wiederholte Alexander Gelman mehrmals, Populismus könne nicht schaden. Es sei ein Fehler gewesen, daß die Demokraten sich von den populistischen Methoden distanziert haben. Für eine gute Sache kann auch Populismus von Nutzen sein. - Was beinhaltet eigentlich der Populismus als politische Methode? - Vor allen Dingen sind das viele Versprechungen. Die Menschen warten in der Tat darauf, daß jemand kommt und ihnen das Blaue vom Himmel herunter verspricht. Diese Mentalität hat der Führer von der Liberaldemokratischen Partei hervorragend ausgenutzt. Mit ihm konnte so ein Politiker wie Jegor Gajdar gar nicht konkurrieren. Gajdar spürte ohnehin eine Last nicht erfüllter Versprechungen auf seinen Schultern. -Und Jawlinski? Er hätte mit Schirinowski konkurrieren können, nur der Preis dafür wäre ihm zu hoch gewesen. Er wäre dann gezwungen gewesen, ein paar Schritte in eine Richtung zu machen, die seinen Überzeugungen nicht entsprach. Das heißt: Jawlinski hätte gewonnen, wenn er sich selbst geopfert und verraten hätte. Ich möchte nicht, daß Schirinowskis Gegner aus seinem Erfolg, der auf Lügen basiert, eine Lehre ziehen und seine politischen Methoden übernehmen. Die Symptome für solch eine Entwicklung sind aber leider schon da.

Die heutigen Reformer und deren Kritiker aus dem demokratischen Lager hätten natürlich die Sprache der Schirinowski-Wähler sprechen können. Sie hätten auch die öffentlichen Diskussionen und Streite untereinander vermeiden können. Nur: Ich sehe gar nichts Schlimmes darin, daß sie von Anfang an ehrlich zugaben, die Entwicklung könne schwer und langwierig werden. Sie gaben offen zu, daß sie nichts versprechen können und daß Versprechungen ohne Erfüllungsgarantien Lügen sind.

Das Volk traf seine Wahl, und wir müssen die Illusion abschütteln, wir hätten seine Entscheidung beeinflussen können. Ich verstehe diejenigen nicht, die die Wahlergebnisse ideologisch zu deuten versuchen. So hat z. B. Otto Lazis in seinem Fernsehinterview vor kurzem gesagt: „Schirinowskis Sieg bedeutet nicht, daß das Volk gegen den Reformkurs gestimmt hat.“ Das Volk - im Gegensatz zu den Ideologen - stellt ja diese Frage gar nicht. Was bedeutet überhaupt „gegen den Reformkurs“? Bedeutet das, daß die kommunistischen Denkmäler und Monumente wieder errichtet, die Marx- und Leninportraits aufgehängt werden und die kommunistische Ideologie reanimiert wird? Keiner ist heutzutage daran interessiert. Die Menschen haben sich an bestimmte Freiheiten und Rechte, an das legale Privateigentum, an Glasnost und die demokratischen Wahlen gewöhnt. Und hier unterscheiden sich die Anhänger von Schirinowski nicht von denen Sjuganows: Niemand ist gegen Reformen. Die Wahlen am 12. Dezember stehen in keinem direkten Zusammenhang mit der Zukunft des „Reformkurses“ und der „Marktwirtschaft“, weil diese Begriffe einfache Leute gar nicht interessieren; sie sind für das Volk irrelevant.

- Gegen was haben die Menschen dann gestimmt? Gegen die Privatisierung durch „Voucher“? Gegen den Dollar als Zweitwährung in Rußland? Gegen Schüsse auf den Straßen?

- Sie haben gegen die Perspektivlosigkeit gestimmt und gegen die undurchschaubare, trostlose Gegenwart. Die russischen Menschen sind das schwere Leben gewöhnt. Im Laufe der Jahrhunderte haben sie das Überleben gelernt; überall wird die Geduld und die Ausdauer des russischen Volkes gepriesen. Unsere Menschen haben die Zeiten, als die Verben „leben“ und „überleben“ als Synonyme galten, noch nicht vergessen. Sie haben den Krieg, die Nachkriegsmisere, die Zerrüttung, den Hunger nicht vergessen. Sie haben alles ertragen und alles ausgehalten, weil sie sich vage vorstellen konnten, was „danach“ kommt, welchen Platz sie in jener künftigen Gesellschaft einnehmen würden.

Heute kann das Volk nicht verstehen, wann und wie diese ganze Misere enden soll und was danach kommen könnte. Der Wahlsieg der LDPR ist zu verstehen als Ausdruck des Protests gegen eine unbestimmte Zukunft und deren Trennung von Gegenwart und Vergangenheit. Nicht die Wahrheit ist dem Volk wichtig, sondern Geborgenheit. Die Menschen haben sich schon längst daran gewöhnt, daß die Politiker ihnen nie die Wahrheit sagen und nie ihr Wort halten. Es wurde dem Bürger so oft versprochen: Bekommst du einen Voucher, dann bist sofort ein Eigentümer. Der Bürger bekam seinen Voucher, doch zu einem Eigentümer wurde er nicht. Irgendwie haben wir vergessen, daß die Atmosphäre der Lügen nicht von Schirinowski erschaffen wurde. Durch Schirinowski wurden bloß einige Besonderheiten der russischen Politik der letzten Jahre, die in den politischen Spielen der Gorbatschow-Ära ihre Wurzeln haben, besonders sichtbar.

- Schirinowski steht aber auch für die „russische Idee“

- Hier findet man das gleiche Muster: Er will Rußland in den Grenzen der ehemaligen Sowjetunion haben. Somit wird ein Versuch unternommen, die Zukunft der Vergangenheit nahezubringen, sie dieser anzupassen. So wird die Zukunft leicht erkennbar und durchschaubar gemacht. Es bleibt nur das Problem, wie man diese abenteuerliche Idee mit dem keineswegs abenteuerlichen Massenbewußtsein vereinbart. Daß die Russen weder mit der Ukraine noch mit einem anderen Staat einen Krieg wollen, ist heute klar. Die Russen möchten den Ukrainern nichts Böses antun. Sie betrachten sie als „Blutsbrüder“, als Teil des eigenen Volkes. Nur hat das russische Volk den Zerfall der Sowjetunion nicht verarbeiten können. Alle soziologischen Untersuchungen zeugen von diesem Trauma der Russen. Ein Trauma ist oft schmerzhaft. Der Schmerz kann die Vernunft oft überwältigen. Ein Beispiel: Als die Volksdeputierten Sewastopol für eine russische Stadt erklärt hatten, fand dies die Unterstützung der Mehrheit der Bevölkerung, obwohl der Oberste Sowjet von dem Volk mißachtet und z. T. sogar gehaßt wurde.

Die Menschen in Rußland wünschen der Ukraine nur das Gute, sie möchten nicht, daß das Volk dort leidet, aber sie empfinden ihre Abtrennung als einen großen, schmerzenden Verlust. Und wenn jemand die Situation zu ändern verspricht, dann sind sie auch gerne bereit, diesem Jemand zu glauben. Die Leute haben Schirinowski geglaubt, weil er die Schaffung neuer wirtschaftlicher Bedingungen versprach, die die Ukraine, aber auch die anderen Republiken, zur Rückkehr zu Rußland zwingen würden. Ohne Gewalt, ohne Krieg, ohne Nationalismus.

- Welche Wahl haben wir jetzt, die zwischen Gajdar und Schirinowski?

- Nein. Auch nicht die Wahl zwischen Gajdar und den Kommunisten. Wir haben die Wahl zwischen den Linken - der Agrarpartei, den Anhängern von Trawkin, den „Frauen Rußlands“, der neuen „Bürgerunion“, vielleicht auch den Kommunisten - und den Ultrarechten mit Schirinowski an der Spitze. Die Wahlergebnisse setzten ein Zeichen der „Reformmüdigkeit“ des Volkes. Es kann keine Rede von radikalen Reformen sein. Falls Jelzin dem Weg der radikalen Reformen auch weiter folgt, wird im Volk die Unzufriedenheit weiter wachsen und das Vertrauen an die Machthabenden wird weiterhin sinken. Solch einen Zustand versucht die Opposition bestimmt auszunutzen. Entweder müssen wir die Erfahrungen aus Polen und Litauen übernehmen und einen Schritt nach links machen, oder uns drohen Zustände wie in Deutschland oder Italien in den Zwanziger und Dreißiger Jahren.

Die Übernahme der gesamten Macht durch den Präsidenten bis zu dem Zeitpunkt, wo die Reformer die Wahlen gewinnen, ist auch keine Lösung. Diese autoritäre Variante ist von der ultrarechten nationalen Idee nicht weit entfernt. Ohne gesellschaftliche Unterstützung, ohne Unterstützung des Militärs, der wirtschaftlichen Elite, ohne eine die Nation einende Ideologie - der Antikommunismus taugt nichts, eine neue Ideologie ist noch nicht vorhanden - wird eine autoritäre radikal-liberale Präsidialregierung zu einem tödlichen Fehler. Man darf nicht hoffen, daß eine Person - Jelzin - das bewältigen kann, wozu die ganze russische Gesellschaft nicht fähig ist.

- Wenn aber Gajdars Kurs abgelehnt wird und ein radikaler Kurs gar nicht in Frage kommt, was kann dann der Präsident in solch einer Situation überhaupt noch unternehmen?

- Er kann sich mit dem Politiker, den er zum Ministerpräsident ernennen möchte, verständigen. Er kann auch damit rechnen, daß das Parlament seine Entscheidung akzeptiert. In der Tat kommt nur Tschernomyrdin als Ministerpräsident in Frage. Mit ihm kann Jelzin eine biegsame, sozial ausgerichtete Politik nach polnischem bzw. litauischem Muster betreiben. Im wirtschaftlichen Bereich könnte er versuchen, das Programm Jawlinskis zu realisieren: die Eindämmung der Inflation. Eine zu

dieser Politik passende „Mannschaft“ müßte man aus Fachleuten und nicht nur aus Vertretern verschiedener Blöcke und Parteien zusammenstellen.

- Sind Sie ein Sozialist?

- Nein, ich bin ein Liberaler. Trotzdem verstehe ich, daß wir momentan keine guten Zeiten für den radikalen wirtschaftlichen Liberalismus haben, deshalb müssen wir abwarten, vielleicht auch die anderen vorübergehend vortreten lassen, um die liberale Perspektive zu bewahren.

- Kann uns eine Wende nach links von der Gefahr des Faschismus retten?

- Niemand kann uns das garantieren. Entscheidend ist, ob die Linken zumindest einen Teil der Aufgaben lösen, die die liberalen Demokraten nicht gepackt haben. Die allgemeine Regel ist folgende: Dort, wo der ökonomische Liberalismus zurücktritt, treten entweder die Sozialisten oder die Sozialdemokraten in die Arena des politischen Kampfes. Wenn die Liberalen sich mit den Sozialisten über die Mechanismen der Machtübergabe bzw. der Machtverteilung nicht verständigen können und einen Krieg gegeneinander ausfechten, dann gewinnt in solch einem Kampf immer ein Dritter. Aus der Geschichte unseres Jahrhunderts wissen wir, daß diese dritte Macht entweder kommunistisch - dies haben wir in unserem Falle schon hinter uns - oder nationalsozialistisch ist. Keine antifaschistische Front kann in solchen Fällen helfen, da sie die Vereinigung der Liberalen mit den Sozialisten voraussetzt.

Diese Änderung in die linke Richtung bedeutet auch deswegen keine Garantie, weil sie ziemlich viele Unkosten mit sich bringt: Inflation, Diktatur des Beamtentums und anderes mehr. Wir sind allerdings gezwungen, nicht zwischen dem Guten und dem Schlechten zu wählen, sondern zwischen dem Schlechten und dem sehr Schlechten. Es hat keine Bedeutung, ob sich die Anhänger von Schirinowski mit den Anhängern Sjuganows im Parlament vereinigen. Sicher wird dies manchmal der Fall sein. Wichtig ist, ob, sie -vorausgesetzt die linke Wende setzt sich durch -dann in strategischen Fragen auseinanderklaffen. Geschieht dies, dann ist es als Zeichen der Unfähigkeit der Kommunisten und der Machtübernahme durch die Ultrarechten zu deuten.

- Sie sagen, man müsse die Linken verlassen. Wozu? Damit sie wirklich etwas positiv verändern können oder damit alle merken, daß es ihnen bei den Linken noch schlechter geht als bei den Liberalen?

- Das Prinzip „je schlechter, desto besser“ ist total idiotisch. Besser ist das Prinzip „je besser, desto besser“. Wenn bei dem „linken“ Brasauskas in Litauen manche Sachen - genau wie bei seinem Vorgänger - nicht klappen, muß man sich dann etwa sofort darüber freuen?

- Kann es eventuell später dazu kommen, daß die Gesellschaft bereit ist für radikale Reformen?

- Sobald die linke Regierung die Situation unter Kontrolle hat und die Bevölkerung mit der neuen Situation klar kommt, werden zahlreiche und einflußreiche, am Reformkurs interessierte Gruppen entstehen. Im Idealfall stelle ich mir das folgendermaßen vor: Die Liberalen als der rechte Flügel und die Sozialdemokraten als der linke Flügel kommen abwechselnd an die Macht und verhindern somit die Erfolge der Extremisten von beiden Seiten. Obwohl unsere heutige Situation anders ist, müssen wir trotzdem versuchen, die Entwicklung in diese Richtung zu lenken. Schlimmer als heute kann es nicht mehr werden.

- Was denken Sie über die Gefahr der Konflikte zwischen dem Präsidenten und dem Parlament? Kann so etwas wieder passieren, z. B. bei der Diskussion über die russische Verfassung?

- Bei der Berücksichtigung jener Befugnisse, über die die Staatsduma heute verfügt, kann es unmöglich zur Wiederholung der alten Konflikte kommen. Es besteht aber eine neue Gefahr, weil der Kern des Konfliktes sich in die präsidential-exekutiven Strukturen verschoben hat, in der Nichtübereinstimmung der Wahlergebnisse mit der politischen Basis Jelzins. Die Wahlergebnisse verlangen eine Wende nach links. „Rußlands Wahl“, deren Wähler die politische Basis Jelzins bilden, ist dazu nicht bereit. Sie kann nicht, ohne das eigene Renommee zu riskieren, mal die Verantwortung, für die galoppierende Inflation übernehmen und dann die Verantwortung für eine harte Finanzpolitik.

„Rußlands Wahl" ist die größte Fraktion im Parlament. Wenn wir dies berücksichtigen, dann können wir uns auch vorstellen, zu welchen Folgen es führen kann, wenn der Präsident in eine linke Wende einwilligt. In diesem Fall wäre mit dem Rücktritt Gajdars und anderer radikaler Minister zu rechnen. Das würde für Jelzin den Verlust jeglicher vernünftiger und dauerhafter Unterstützung bedeuten. Von den Linken wird er als „ihr" Präsident nie akzeptiert.

Dies alles zwingt den Präsidenten, einen Kompromiß zwischen den Wahlergebnissen und seiner eigenen politischen Basis zu suchen. Deswegen ist es enorm wichtig für ihn, sowohl Gajdar als auch die Vertreter der gemäßigten Konservativen bei der Stange zu halten. Meiner Meinung nach bereitet gerade dieses Vorhaben den Boden für künftige Konflikte.

Nur eins von beidem ist möglich: Entweder wird sich diese Regierung als arbeitsunfähig erweisen, oder es gelingt dem Ministerpräsidenten, beide Pole zu versöhnen, indem er die Schwächen der einen gegen die der anderen ausspielt. Aber auch die zweite Möglichkeit bedeutet noch keine Stabilität. Es besteht sogar die Gefahr, daß der Ministerpräsident zu einer zweiten führenden Persönlichkeit der Exekutive aufsteigt oder sogar de facto die führende Rolle übernimmt. Solch eine Opposition gegenüber dem Präsidenten kann in Rußland zu fatalen Folgen führen. In Rußland wurde die Legislative im Gegensatz zu der Exekutiven sowieso nie ernst genommen: Die Exekutive wurde und wird stets als die tatsächliche, reale Obrigkeit empfunden, am besten in Person eines einzelnen Führers. Dies darf man nie vergessen, sonst drohen uns Auseinandersetzungen, die den früheren Konflikt zwischen Gorbatschow und Jelzin im Vergleich wie ein Kinderspiel erscheinen lassen.

Gibt es eine andere Alternative, um die Situation zu entschärfen? Kaum. Entweder bleibt Jegor Gajdar in der Regierung, dann muß er wohl den „fremden" Kurs politisch decken, und dies wird sicherlich zum Zerfall des Blocks „Rußlands Wahl" führen. Eine ähnliche Situation hatten wir schon 1992. - Oder: Wenn Gajdar und seine Gleichgesinnten ihr politisches Gesicht bewahren wollen, werden sie wohl zurücktreten müssen. Dies würde dann bedeuten, daß sich im Parlament eine liberale Opposition zur Regierung gebildet hat. Meines Erachtens hat die zweite Variante mehr Vorteile. Vor allem ist sie eindeutig und öffnet eine Perspektive für die bessere Strukturierung und Gliederung der liberalen Reformkräfte, die sich bis jetzt im gesamten antikommunistischen Strom verloren haben.

Die zwei zuletzt geschilderten Möglichkeiten finde ich auf jeden Fall besser als die erste Variante, die zur Zerspaltung der Exekutive führt.

Erschienen in:

VIA REGIA – *Blätter für internationale kulturelle Kommunikation* Heft 14/ 1995,
herausgegeben vom Europäischen Kultur- und Informationszentrum in Thüringen

Weiterverwendung nur nach ausdrücklicher Genehmigung des Herausgebers

Zur Homepage VIA REGIA: <http://www.via-regia.org>